

VERMERK

der	Sekretariats
für	die Gruppe V "Ergänzende Zuständigkeiten"
Betr.:	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 7. Oktober 2002

Die Gruppe versuchte zunächst festzustellen, welche Zuständigkeiten der Union der Kategorie der ergänzenden Zuständigkeiten zugeordnet werden können. Sie prüfte hierzu WD 29.

Es herrschte weit gehendes Einvernehmen darüber, dass die Liste um die folgenden Sachbereiche ergänzt werden sollte: Beschäftigung, allgemeine und berufliche Bildung, Kultur, transeuropäische Netze und Industrie. Eine deutliche Mehrheit sprach sich dafür aus, die Zusammenarbeit im Zollwesen und die Entwicklungszusammenarbeit, die nach allgemein herrschender Auffassung als konkurrierende Zuständigkeiten anzusehen sind, von der Liste auszunehmen.

Geteilter Meinung waren die Mitglieder der Gruppe bei den folgenden Sachbereichen:

- Forschung (Sie sollte aus Sicht einiger Mitglieder wegen ihres umfangreichen Haushaltsrahmens den konkurrierenden Zuständigkeiten zugeordnet werden; die Mehrheit ist jedoch der Auffassung, dass der Haushaltsrahmen nicht zu den Kriterien zählt, die von der Gruppe zur Definition der ergänzenden Zuständigkeiten herangezogen wurden.);

- öffentliche Gesundheit (Einige Mitglieder hoben hervor, dass die Gemeinschaft bei zwei der drei Arten von Maßnahmen, die in Artikel 152 genannt werden, im Wege einer Angleichung der einzelstaatlichen Rechtsvorschriften tätig werden kann; andere Mitglieder betrachten diese beiden Fälle jedoch als Ausnahmen von der allgemeinen Regel, den an dritter Stelle genannten Fördermaßnahmen, bei denen jegliche Harmonisierung ausgeschlossen wird.);
- Verbraucherschutz (Aus Sicht einiger Mitglieder ist dieser Sachbereich wegen der Bezugnahme auf Artikel 95 in Artikel 153 der konkurrierenden Zuständigkeit zuzuordnen; andere meinen, dass es sich bei den Maßnahmen, die auf Grundlage von Artikel 95 erlassen werden, um Binnenmarkt- und nicht um Verbraucherschutzmaßnahmen handle, weshalb der Verbraucherschutz nach wie vor zu den ergänzenden Zuständigkeiten zähle.).

Die Gruppe erörterte auch die Frage, ob die offene Koordinierungsmethode in den Vertrag aufgenommen werden sollte. Mehrere Redner vertraten die Auffassung, dass es bei dieser Frage nicht um die Zuständigkeiten, sondern um die Handlungsinstrumente gehe, für die die Gruppe nicht zuständig sei. Der Vorsitzende kündigte an, dass ein entsprechender Hinweis in den Schlussbericht aufgenommen wird.

Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder ist der Ansicht, dass die Gruppe auf Grund ihres Mandats nicht berechtigt ist, eine Neufassung der Rechtsgrundlagen oder die Aufnahme neuer Zuständigkeiten bzw. die Streichung bestehender Zuständigkeiten vorzuschlagen. Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Gruppe den zuständigen Konventsgremien diesbezügliche Anregungen mitteilen könne.

Viele Mitglieder der Gruppe äußerten den Wunsch, dass in den Vertrag ein Artikel über die öffentliche Verwaltung und die verantwortungsvolle Staatsführung aufgenommen wird.

Während des zweiten Teils der Sitzung befasste sich die Gruppe mit dem vom Vorsitzenden vorgelegten Berichtsentwurf (WD 30). Sie prüfte die einzelnen Abschnitte des Dokuments.

Was die Bezeichnung für die ergänzenden Zuständigkeiten betrifft, so gingen die Meinungen auseinander: Einige waren für den Begriff "unterstützende Maßnahmen" (assisting measures), den der Vorsitz vorgeschlagen hatte, während andere Ausdrücke wie "ergänzende Maßnahmen" (complementary measures or actions) oder sogar "flankierende Maßnahmen" (supporting measures) befürworteten.

Abschnitt 3 des Dokuments stieß in der Gruppe weitgehend auf Zustimmung. Einige Mitglieder äußerten Bedenken gegenüber dem Vorschlag, den Satz in der Präambel des EG-Vertrags, in dem von einem "immer engeren Zusammenschluss" die Rede ist, umzuformulieren.

Abschnitt 4 wurde von der Gruppe im Großen und Ganzen gebilligt, doch zeigten sich einige Mitglieder besorgt darüber, dass darin von zwei verschiedenen Verträgen die Rede ist, und forderten Zusicherungen bezüglich der Revisionsverfahren. Aus ihrer Sicht müssen die geltenden Rechtsgrundlagen Gegenstand eines Vertrags sein, für den dieselben Revisionsbestimmungen gelten wie für den Verfassungsvertrag, in dem die "grundlegende Eingrenzung" der Zuständigkeiten vorgenommen würde.

Was den Abschnitt 5 betrifft, so gingen die Meinungen über den vorletzten Spiegelstrich der Empfehlungen auseinander. Einige Mitglieder äußerten die Befürchtung, dass der Satz "Rechtsvorschriften der Union (Verordnungen und Richtlinien) dürfen im Rahmen von flankierenden Maßnahmen nicht erlassen werden" zu rigide ist, und schlugen u.a. den Zusatz "außer in den im Vertrag vorgesehenen Bereichen" vor. Andere wiesen darauf hin, dass mit diesem Satz der Definition der Rechtsinstrumente vorgegriffen werde, für die die Gruppe "Vereinfachung" zuständig sei.

Die Gruppe beschloss, eine Sondersitzung abzuhalten, um die Prüfung des Dokuments vor ihrer letzten Sitzung am 30. Oktober zum Abschluss zu bringen.